

Lesefassung

Ordnung der Gruppen-Urwahlen zum Senat, zum Beirat für Frauenfragen und zu den Fakultätsräten (Wahlordnung)

Vom 31. Januar 2018

- geändert durch Ordnung vom 28. April 2021 -

- geändert durch Ordnung vom 23. April 2026 -

Der Senat der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar) hat auf Grund von § 17 Abs. 4 in Verbindung mit § 24 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 SHSG zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2024 (Amtsbl. I S. 555), in seiner 308. Sitzung vom 23.04.2026 folgende Ordnung der Gruppen-Urwahlen zum Senat, zum Beirat für Frauenfragen und zu den Fakultätsräten (Wahlordnung) erlassen, die nach Zustimmung durch das Präsidium hiermit verkündet wird:

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Diese Ordnung gilt für die Wahlen der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Senats, des Beirats für Frauenfragen und der Fakultätsräte.
- (2) Ersatzmitglieder sind zugleich stellvertretende Mitglieder. Die Bestimmungen dieser Ordnung über die Ersatzmitgliedschaft gelten entsprechend für die Stellvertretung eines zeitweilig verhinderten Mitglieds.
- (3) Die jeweilige Zahl der Mitglieder ergibt sich aus den Artikeln 36, 39, 45 Abs. 2 der Grundordnung der htw saar vom 22. November 2017 (Dienstblatt Nr. 80/2017).
- (4) Die jeweilige Zahl der Ersatzmitglieder entspricht der Zahl der Mitglieder. Ist nur ein Mitglied zu wählen, ist die Zahl der Ersatzmitglieder zwei.

§ 2

Wahlsystem

- (1) Die Wahlen werden nach Maßgabe dieser Ordnung als Teilwahlen frei, gleich und geheim und in der Regel nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl durchgeführt. Teilwahl ist die Wahl einer der in § 16 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 SHSG bezeichneten Gruppe von Mitgliedern sowie die Wahl in Wahlkreisen in eines der in § 1 Abs. 1 genannten Gremien bzw. den Beirat für Frauenfragen.

(2) Die Wahlen zum Senat und zum Beirat für Frauenfragen finden auf Hochschulebene statt. Für die Wahl der Professorinnen und Professoren zum Senat kann der Senat unter Beachtung von § 17 Abs. 1 SHSG Wahlkreise bilden.

(3) Die Wahlen zu den Fakultätsräten finden auf Fakultätsebene statt.

(4) Eine Teilwahl entfällt, wenn bei Abschluss der Verzeichnisse der Wahlberechtigten die Zahl der Wahlberechtigten die Zahl der in dieser Teilwahl zu wählenden Mitglieder nicht übersteigt. In diesem Falle gelten die Wahlberechtigten als gewählt. Erhöht sich die Zahl der in dieser Teilwahl Wahlberechtigten nach Abschluss der Verzeichnisse der Wahlberechtigten, so werden die hinzugekommenen Wahlberechtigten in der zeitlichen Reihenfolge ihrer Zugehörigkeit zu der Wahlgruppe Mitglieder oder Ersatzmitglieder. § 1 Abs. 4 bleibt unberührt.

§ 3

Wahlorgane

(1) Wahlorgane sind der Wahlausschuss, die Wahlbeauftragten und die Wahlleiterin/der Wahlleiter.

(2) Dem Wahlausschuss obliegt nach Maßgabe dieser Ordnung die Überwachung der Wahlen und die Unterstützung der Wahlbeauftragten und der Wahlleiterin/des Wahlleiters. Dem Wahlausschuss gehören an:

1. ein Mitglied aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer als Vorsitzende/Vorsitzender,
2. ein Mitglied aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
3. ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden,
4. ein Mitglied aus der Gruppe der administrativ-technischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
5. eine Juristin/ein Jurist der Rechtsabteilung als beratendes Mitglied.

Die Ausschussmitglieder werden vom Senat gewählt. Die Mehrheit der Senatorinnen und Senatoren, die einer Mitgliedergruppe angehören, können die Vertreterinnen und Vertreter dieser Gruppe vorschlagen. Über diese Vorschläge ist zunächst abzustimmen. Wird ein Vorschlag abgelehnt, so ist das Verfahren nach Satz 4 und 5 einmal zu wiederholen.

(3) Den Wahlbeauftragten obliegt die Durchführung jeweils einer oder mehrerer Teilwahlen. Sie werden von Wahlhelferinnen und Wahlhelfern unterstützt. Wahlbeauftragte und Wahlhelferinnen und Wahlhelfer werden von der Präsidentin/vom Präsidenten unter Einbeziehung von Vorschlägen der Dekaninnen und Dekane bestellt. Zu Wahlhelferinnen und Wahlhelfern sollen Angehörige aller Wahlgruppen bestellt werden.

(4) Der Wahlleiterin/Dem Wahlleiter obliegt die Organisation der Wahlen. Sie/Er führt die Beschlüsse des Wahlausschusses aus und nimmt an dessen Sitzungen mit beratender Stimme teil. Die Wahlleiterin/Der Wahlleiter wird von der Präsidentin/vom Präsidenten bestellt, wenn sie/er diese Aufgabe nicht in eigener Person übernimmt.

§ 4

Wahlausschreiben

(1) Die Wahlleiterin/Der Wahlleiter bestimmt die Wahltermine für alle Teilwahlen auf einen oder mehrere Tage. Wahltermine dürfen nur in besonderen Ausnahmefällen in die vorlesungsfreie Zeit gelegt werden.

(2) Spätestens sechs Wochen vor dem ersten Tag der Stimmabgabe schreibt die Wahlleiterin/der Wahlleiter die Wahlen aus. Das Wahlausschreiben muss enthalten:

1. Ort und Tag des Erlasses,
2. Ort, Zeit und Dauer der Stimmabgabe,
3. den Hinweis auf die Möglichkeit der Stimmabgabe durch Brief und gegebenenfalls die Möglichkeit der elektronischen Wahl (Onlinewahl),
4. Anzahl und Amtszeit der zu wählenden Mitglieder und Ersatzmitglieder, getrennt nach Gruppen und Teilwahlen,
5. Angaben über Wahlrecht und Wahlsystem,
6. Angaben darüber, wo und wann diese Wahlordnung und die Verzeichnisse der Wahlberechtigten zur Einsicht ausliegen und an welchen Stellen Bekanntmachungen über das Wahlverfahren erfolgen,
7. die Aufforderung, Wahlvorschläge form- und fristgerecht einzureichen, verbunden mit dem Hinweis auf Ort und Zeit ihrer Bekanntmachung,
8. den Stichtag für die Eintragung in die Verzeichnisse der Wahlberechtigten,
9. den Hinweis darauf, dass nur wählen kann, wer in die Verzeichnisse der Wahlberechtigten eingetragen ist,
10. Hinweis auf Einspruchsmöglichkeiten und -fristen gegen die Verzeichnisse der Wahlberechtigten,
11. Ort und Zeit der Sitzung des Wahlausschusses, in welcher das Endergebnis der Wahlen festgestellt wird,
12. die Namen und Dienstanschriften der Mitglieder des Wahlausschusses, der Wahlbeauftragten und der Wahlleiterin/des Wahlleiters.

(3) Die Wahlleiterin/Der Wahlleiter macht das Wahlausschreiben vom Tage des Erlasses an auf den Internetseiten der htw saar und durch Aushang an den schwarzen Brettern „Die Präsidentin/der Präsident“ bekannt. Sie/Er informiert die Wahlberechtigten zusätzlich in geeigneter Weise, beispielsweise durch Plakate, Flugblätter und über interne E-Mail-Verteiler. Nachforschungen zur Ermittlung der richtigen elektronischen Adresse werden nicht angestellt. Wahlberechtigte, die über keine eigene dienstliche E-Mail-Adresse verfügen, erhalten eine personalisierte Kopie des Wahlausschreibens.

§ 5

Verzeichnis der Wahlberechtigten

- (1) Die Wahlleiterin/Der Wahlleiter stellt für jede Teilwahl ein Verzeichnis der Wahlberechtigten auf. Der Stichtag für die Eintragung in die Verzeichnisse der Wahlberechtigten wird von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter festgesetzt. Er darf nicht vor dem Tag des Erlasses des Wahlausschreibens liegen.
- (2) Die Verzeichnisse der Wahlberechtigten sind mindestens sechs Wochen vor dem ersten Tag der Stimmabgabe an den im Wahlausschreiben zu bezeichnenden Stellen auszulegen.
- (3) Einsprüche gegen die Verzeichnisse der Wahlberechtigten können innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Beginn der Auslegung bei der Wahlleiterin/dem Wahlleiter eingelegt werden. Der Einspruch bedarf der Textform in entsprechender Anwendung des § 126b BGB. Er ist zu begründen.
- (4) Über Einsprüche entscheidet die Wahlleiterin/der Wahlleiter nach Anhörung des Wahlausschusses. Sie/Er teilt ihre/seine Entscheidung der/dem Einsprucherhebenden und ggf. der/dem Betroffenen mit. Die Entscheidung ist zu begründen. Wird dem Einspruch stattgegeben, so ist das Verzeichnis der Wahlberechtigten zu berichtigen.
- (5) Die Verzeichnisse der Wahlberechtigten werden nach Entscheidung über alle Einsprüche spätestens eine Woche nach Ablauf der Einspruchsfrist in berichtigter Form abgeschlossen. Die Wahlleiterin/Der Wahlleiter gibt den Abschluss der Verzeichnisse der Wahlberechtigten innerhalb der Frist nach Satz 1 bekannt.
- (6) Die Verzeichnisse der Wahlberechtigten können bis zum Ende der Stimmabgabe von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter berichtigt und ergänzt werden, wenn sie offensichtliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen enthalten; im Falle der Onlinewahl solange dies technisch möglich ist, ohne den Start der Wahl zu gefährden. Änderungen sind als solche kenntlich zu machen und mit Datum und Unterschrift der Wahlleiterin/des Wahlleiters zu versehen.

§ 6

Wahlberechtigung

- (1) Wählen und gewählt werden kann in einer Teilwahl nur, wer in das Verzeichnis der Wahlberechtigten dieser Teilwahl eingetragen ist.
- (2) Bei den Wahlen zum Senat und zu den Fakultätsräten sind die Mitglieder gemäß Artikel 1 Abs. 1 Nr. 3 bis 8 und Absatz 2 Grundordnung wahlberechtigt. Bei der Wahl zum Beirat für Frauenfragen sind nur die weiblichen Mitglieder der htw saar wahlberechtigt.

§ 7

Wahlgruppen

- (1) Wahlgruppen sind die Mitgliedergruppen nach § 16 Abs. 1 SHSG.
- (2) Mitglieder der htw saar können nur einer einzigen Wahlgruppe angehören.

(3) Zum Fakultätsrat wählen die Mitglieder der Fakultät; kooptierte Mitglieder der Fakultät wählen nach Maßgabe des Artikel 41 Abs. 1 Satz 2 Grundordnung. Die wahlrechtliche Zuordnung der Studierenden zu einer Fakultät ergibt sich aus der Studienrichtung, die auf der Immatrikulationsbescheinigung an erster Stelle genannt wird. In fakultätsübergreifenden Studienrichtungen/Studiengängen entscheiden die Studierenden über ihre Zuordnung zu einer der beteiligten Fakultäten bei der Einschreibung für die Dauer dieses Studiums. Auf schriftlichen, mit Gründen versehenen Antrag einer/eines Studierenden kann die Wahlleiterin/der Wahlleiter über die wahlrechtliche Zuordnung abweichend von Satz 2 entscheiden.

(4) Die Regelungen über die Bildung von Kompetenzzentren, wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten können vorsehen, dass die dort zugeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wahlrechtlich einer Fakultät zugeordnet sind.

(5) Die wahlrechtliche Zugehörigkeit oder Zuordnung zu einer Wahlgruppe oder zu einer Fakultät soll von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter festgestellt werden. Über Zweifelsfälle entscheidet die Präsidentin/der Präsident nach Anhörung der Betroffenen.

§ 8

Wahlverfahren

(1) Die Wahlen erfolgen, soweit in dieser Ordnung nichts anderes bestimmt ist, auf Grund von Wahlvorschlägen.

(2) Wird für eine Teilwahl kein Wahlvorschlag eingereicht und gehören der Wahlgruppe bis zu zehn wählbare Personen an, so bildet die Liste dieser Personen in alphabetischer Reihenfolge den Wahlvorschlag.

(3) Wird für eine Teilwahl kein Wahlvorschlag eingereicht und gehören der Wahlgruppe mehr als zehn wählbare Personen an, so wird die Teilwahl nach den Vorschriften dieser Ordnung wiederholt. Wird in der Wiederholungswahl kein Wahlvorschlag eingereicht, bleiben die der Wahlgruppe zustehenden Sitze unbesetzt.

(4) Die in § 1 bezeichneten Gremien sind auch dann rechtmäßig zusammengesetzt, wenn Angehörige einer Wahlgruppe nicht oder in nicht ausreichender Zahl die ihnen in den Gremien zustehenden Sitze einnehmen.

§ 9

Wahlvorschläge

(1) Ein Wahlvorschlag muss mindestens so viele Namen enthalten, wie Mitglieder zu wählen sind.

(2) Ist nur ein Mitglied zu wählen, so muss der Wahlvorschlag mindestens zwei Namen enthalten.

(3) Bei der Teilwahl zum Beirat für Frauenfragen sollen die Vorgeschlagenen unterschiedlichen Fakultäten angehören.

(4) Bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen sollen Frauen und Männer angemessen berücksichtigt werden.

(5) Ein Wahlvorschlag bedarf der schriftlichen Zustimmung (in begründeten Ausnahmefällen der Textform in entsprechender Anwendung des § 126b BGB) jeder/jedes Vorgeschlagenen zu ihrer/seiner Kandidatur auf diesem Wahlvorschlag. § 8 Abs. 2 und 3 bleibt unberührt.

(6) Vollständige Wahlvorschläge werden in der Reihenfolge ihres Eingangs für jede Teilwahl alphabetisch gekennzeichnet. Einem Wahlvorschlag kann eine besondere Kennzeichnung beigefügt werden.

(7) Wahlvorschläge sind unter Verwendung der von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter bereitgestellten Vordrucke spätestens bis zu dem von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter bekanntgemachten Termin bei der Wahlleiterin/dem Wahlleiter einzureichen.

(8) Die Bewerbung für eine Teilwahl ist nur in einem Wahlvorschlag möglich. Wird eine Bewerberin/ein Bewerber mit ihrem/seinem Einverständnis in mehreren Wahlvorschlägen genannt, so wird die Bewerberin/der Bewerber aus allen Wahlvorschlägen gestrichen; Absatz 1 findet keine Anwendung.

§ 10

Zulassung der Wahlvorschläge

(1) Der Wahlausschuss entscheidet über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge. Wahlvorschläge sind unzulässig, soweit sie den Erfordernissen des § 9 nicht entsprechen. Der Wahlausschuss kann in begründeten Fällen die Frist gemäß § 9 Abs. 7 bis spätestens zur Bekanntgabe der Wahlvorschläge verlängern.

(2) Die zugelassenen Wahlvorschläge werden mit den ggf. beigefügten Kennworten für jede Teilwahl von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter spätestens zwei Wochen vor dem ersten Tag der Stimmabgabe bekanntgemacht.

(3) Wird ein Wahlvorschlag zurückgewiesen oder eine Bewerberin/ein Bewerber gestrichen, so sind diese Entscheidungen allen Bewerberinnen und Bewerbern des betroffenen Wahlvorschlags unverzüglich von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter mitzuteilen.

§ 11

Stimmzettel

(1) Alle Stimmzettel und Wahlumschläge für eine Teilwahl haben die gleiche Größe, Farbe, Beschaffenheit und Beschriftung (amtliche Stimmzettel und Wahlumschläge). Das Wahlrecht kann nur unter Verwendung der amtlichen Stimmzettel und Wahlumschläge ausgeübt werden.

(2) Erfolgt eine Teilwahl auf Grund von Wahlvorschlägen, so enthält der Stimmzettel für jede Teilwahl alle zugelassenen Wahlvorschläge ggf. mit Kennworten in der alphabetisch gekennzeichneten Reihenfolge ihres Eingangs. Innerhalb eines Wahlvorschlags erscheinen die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags.

(3) Wird für eine Teilwahl kein Wahlvorschlag eingereicht und gehören der Wahlgruppe bis zu zehn wählbare Personen an, so enthält der Stimmzettel die Namen der Wahlberechtigten in dieser Teilwahl nach Maßgabe von § 8 Abs. 2.

(4) Die vorigen Bestimmungen gelten sinngemäß auch für die elektronischen Stimmzettel im Falle der Onlinewahl.

§ 12

Wahlhandlung

(1) Das Wahlrecht wird in jeder Teilwahl durch Abgabe eines Stimmzettels in dem dazugehörenden Wahlumschlag oder durch Onlinewahl ausgeübt.

(2) Gewählt werden kann nur, wer in einem Wahlvorschlag genannt ist. § 8 Abs. 2 bleibt unberührt.

(3) Die Wählerin/Der Wähler hat in einer Teilwahl höchstens so viele Stimmen, wie Mitglieder in dieser Teilwahl zu wählen sind. Die Stimmen können auf mehrere Wahlvorschläge verteilt werden.

(4) Die Wählerin/Der Wähler kann einer Bewerberin/einem Bewerber bis zu zwei Stimmen geben. Das Ankreuzen eines Namens gilt als Abgabe einer Stimme.

(5) Die Wahlleiterin/Der Wahlleiter trifft Vorkehrungen, die es ermöglichen, dass die Wählerin/der Wähler den Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnen und in den Wahlumschlag legen kann. Für die Aufnahme der Umschläge sind Wahlurnen zu verwenden. Vor Beginn der Stimmabgabe hat eine Wahlbeauftragte/ein Wahlbeauftragter oder ein Mitglied des Wahlausschusses festzustellen, dass die Wahlurnen leer sind. Sie sind danach zu verschließen. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass Umschläge nicht vor Öffnung der Urne entnommen werden können. Dies gilt sinngemäß auch für die Stimmabgabe im Falle der Onlinewahl und die elektronische Wahlurne.

(6) Solange der Wahlraum zur Stimmabgabe geöffnet ist, müssen mindestens zwei mit der Durchführung der Wahl beauftragte Personen (§ 3 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3) im Wahlraum anwesend sein.

(7) Vor Einwurf des Wahlumschlages in die Urne ist festzustellen, ob die Wählerin/der Wähler im Verzeichnis der Wahlberechtigten eingetragen ist. Die Wählerin/Der Wähler hat sich durch ihren/seinen Personalausweis, Reisepass oder htw saar-Karte zu legitimieren, es sei denn, sie/er ist der Wahlleiterin/dem Wahlleiter oder der/dem für die betreffende Teilwahl zuständigen Wahlbeauftragten persönlich bekannt. Die Authentifizierung im Falle einer Onlinewahl erfolgt nach § 13a Abs. 3 S. 2 dieser Ordnung.

§ 13

Stimmabgabe durch Brief

(1) Stellt eine Wahlberechtigte/ein Wahlberechtigter einen Antrag auf Übersendung oder Aushängung von Unterlagen für die Stimmabgabe durch Brief, so erhält sie/er von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter

1. den Stimmzettel,
2. den Wahlumschlag mit Siegelmarke,
3. den Vordruck für eine eidesstattliche Erklärung gemäß Absatz 3,
4. einen Freiumsschlag mit Vermerk „Briefwahl“.

Den Wahlunterlagen sollen Hinweise zum Verfahren der Briefwahl beigefügt werden. Briefwahlunterlagen können nur bis zum dritten Tag vor dem ersten Tag der Stimmabgabe beantragt und ausgegeben werden.

(2) Die Wahlleiterin/Der Wahlleiter hat die Aushändigung oder Übersendung der Unterlagen für die Stimmabgabe durch Brief im Verzeichnis der Wahlberechtigten zu vermerken.

(3) Die Wählerin/Der Wähler gibt ihre/seine Stimme in der Weise ab, dass sie/er den versiegelten Wahlumschlag, in den der Stimmzettel gelegt ist, zusammen mit der eidesstattlichen Erklärung, dass sie/er den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat, unter Verwendung des Freiumschlages an die Wahlleiterin/den Wahlleiter absendet oder übergibt.

(4) Stimmabgaben durch Brief sind nur gültig, wenn dieser spätestens zwei Stunden vor Abschluss der Stimmabgabe bei der Wahlleiterin/dem Wahlleiter eingegangen ist.

(5) Stimmabgaben durch Brief sind auch dann zulässig, wenn die Wahl als Onlinewahl durchgeführt wird. In diesem Fall können Briefwahlunterlagen nur bis zum siebten Tag vor dem ersten Tag der Stimmabgabe beantragt und ausgegeben werden. Mit der Aushändigung der Briefwahlunterlagen sind die Wahlberechtigten von der elektronischen Stimmabgabe ausgeschlossen.

§ 13a

Elektronische Wahl (Onlinewahl)

(1) Die Onlinewahl ist nur dann zulässig, wenn bei ihrer Durchführung die geltenden Wahlrechtsgrundsätze, insbesondere die Grundsätze der geheimen Wahl und der Öffentlichkeit der Wahl, gewahrt sind.

(2) Spätestens am 18. Tag vor dem Stichtag erhalten die Wahlberechtigten Wahlinformationen auf elektronischem Weg. Diese beinhalten Informationen zur Durchführung der Wahl und die Zugangsdaten für das Wahlportal.

(3) Die Stimmabgabe erfolgt in elektronischer Form. Die Authentifizierung des Wahlberechtigten erfolgt durch die im Wahlschreiben genannten Zugangsdaten am Wahlportal. Der elektronische Stimmzettel ist entsprechend den im Wahlschreiben und im Wahlportal enthaltenen Anleitungen elektronisch auszufüllen und abzusenden. Dabei ist durch das verwendete elektronische Wahlsystem sicherzustellen, dass das Stimmrecht nicht mehrfach ausgeübt werden kann. Die Speicherung der abgesandten Stimmen muss anonymisiert und so erfolgen, dass die Reihenfolge des Stimmeingangs nicht nachvollzogen werden kann. Die Wahlberechtigten müssen bis zur endgültigen Stimmabgabe die Möglichkeit haben, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abzubrechen. Ein Absenden der Stimme ist erst auf der Grundlage einer elektronischen Bestätigung durch den Wähler zu ermöglichen. Die Übermittlung muss für den Wähler am Bildschirm erkennbar sein. Dabei muss für den Wähler überprüfbar sein, dass seine Stimmabgabe richtig vollzogen wird. Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen.

(4) Bei der Stimmabgabe darf es durch das verwendete elektronische Wahlsystem zu keiner Speicherung der Stimme des Wählers in dem von ihm hierzu verwendeten Computer kommen. Es muss gewährleistet sein, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmabgabe durch Dritte ausgeschlossen sind. Auf dem Bildschirm muss der Stimmzettel nach Absenden der Stimmabgabe unverzüglich ausgeblendet werden. Das verwendete elektronische Wahlsystem darf die Möglichkeit für einen Papierausdruck der abgegebenen Stimme nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen. Die Speicherung der Stimmabgabe in der elektronischen Wahlurne muss nach einem nicht nachvollziehbaren Zufallsprinzip erfolgen. Die Anmeldung am Wahlsystem, die Auswahl und Abgabe der Stimme sowie persönliche Informationen und IP-Adressen der Wahlberechtigten dürfen nicht protokolliert werden.

(5) Die Stimmabgabe in elektronischer Form ist auch an einer vom Wahlamt bestimmten Stelle möglich.

§ 13b

Störungen der Elektronischen Wahl

(1) Ist die elektronische Stimmabgabe während der Wahlfrist aus von der htw saar oder von ihr Beauftragten zu vertretenen technischen Gründen den Wahlberechtigten nicht möglich, kann die Wahlleiterin/der Wahlleiter die Wahlfrist verlängern. Die Verlängerung muss allgemein bekannt gegeben werden.

(2) Werden während der Onlinewahl Störungen bekannt, die ohne Gefahr eines vorzeitigen Bekanntwerdens oder Löschens der bereits abgegebenen Stimmen behoben werden können und eine mögliche Stimmenmanipulation ausgeschlossen ist, kann die Wahlleiterin/der Wahlleiter solche Störungen beheben oder beheben lassen und die Wahl fortsetzen; andernfalls ist die Wahl ohne Auszählung der Stimmen zu stoppen.

(3) Bei sonstigen Störungen entscheidet die Wahlleiterin/der Wahlleiter im Einvernehmen mit dem Wahlausschuss nach sachgemäßem Ermessen, wie auf die Störung zu reagieren ist. Ermessensleitend ist dabei das Ausmaß der Beeinträchtigung der relevanten Wahlgrundsätze. Wird die Wahl fortgesetzt, ist die Störung und deren Dauer im Protokoll zur Wahl zu vermerken. Im Falle des Abbruchs der Wahl ist diese zu wiederholen.

§ 13c

Technische Anforderungen

(1) Onlinewahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem aktuellen technischen Standards, insbesondere mindestens den Sicherheitsanforderungen für Online-Wahlprodukte des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik entspricht. Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen. Die Erfüllung der technischen Anforderungen ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

(2) Zur Wahrung des Wahlheimnisses müssen elektronische Wahlurne und elektronisches Wahlverzeichnis auf verschiedener Serverhardware geführt werden. Das Wahlverzeichnis soll auf einem hochschuleigenen Server gespeichert sein.

(3) Die Wahlserver müssen vor Angriffen aus dem Netz geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Wähler, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfacher Ausübung des Stimmrechtes (Wahldaten). Es ist durch geeignete technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.

(4) Das Übertragungsverfahren der Wahldaten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspä- oder Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. Die Übertragungswege zur Überprüfung der Stimmberechtigung des Wählers sowie zur Registrierung der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis und die Stimmabgabe in die elektronische Wahlurne müssen so getrennt sein, dass zu keiner Zeit eine Zuordnung des Inhalts der Wahlentscheidung zum Wähler möglich ist.

(5) Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um unbemerkte Veränderungen der Wahldaten zu verhindern. Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahldaten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.

(6) Die Wähler sind über geeignete Sicherungsmaßnahmen zu informieren, mit denen der für die Wahlhandlung genutzte Computer gegen Eingriffe Dritter nach dem aktuellen Stand der Technik geschützt wird; auf kostenfreie Bezugsquellen geeigneter Software ist hinzuweisen. Die Kenntnisnahme der Sicherheitshinweise ist vor der Stimmabgabe durch den Wähler verbindlich in elektronischer Form zu bestätigen.

§ 14

Ungültige Stimmzettel

Ungültig sind Stimmzettel

1. die den Erfordernissen dieser Ordnung nicht entsprechen,
2. aus denen sich der Wille der Wählerin/des Wählers nicht zweifelsfrei ergibt,
3. die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten.

Dies gilt sinngemäß auch für elektronische Stimmzettel im Falle einer Onlinewahl.

§ 15

Auszählung

(1) Unverzüglich nach Abschluss der Stimmabgabe zählen die Wahlbeauftragten und die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer die auf die einzelnen Wahlvorschläge und auf die einzelnen Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber entfallenden Stimmen für jede Teilwahl aus.

(2) Vor Öffnung der Wahlurne werden die im Wege der Wahl durch Briefwahl eingegangenen Wahlumschläge in die Wahlurne gelegt. Zuvor ist festzustellen, ob die Briefwählerin/der Briefwähler im Verzeichnis der Wahlberechtigten eingetragen ist.

(3) Nach Öffnung der Wahlurne ist die Zahl der abgegebenen Wahlumschläge mit der Zahl der nach dem Verzeichnis der Wahlberechtigten abgegebenen Stimmen zu vergleichen und die Gültigkeit der Stimmzettel zu prüfen. Bestehen Zweifel an der Gültigkeit von Stimmzetteln, entscheidet über die Gültigkeit die/der für diese Teilwahl zuständige Wahlbeauftragte. Stimmzettel, deren Gültigkeit zweifelhaft war, sind mit fortlaufender Nummer zu versehen und von den übrigen Stimmzetteln gesondert bei den Wahlunterlagen aufzubewahren.

(4) Bei der Ermittlung der auf einen Wahlvorschlag entfallenden Sitze ist die Gesamtzahl der für einen Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen maßgeblich. Für die Ermittlung der Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten innerhalb eines Wahlvorschlags ist die von den einzelnen Bewerberinnen und Bewerbern erreichte Stimmzahl maßgeblich. Die Wahlleiterin/Der Wahlleiter überwacht die Auszählung der Stimmen.

(5) Die Wahlvorschläge und innerhalb der Wahlvorschläge die Bewerberinnen und Bewerber sind in der Reihenfolge abnehmender Stimmzahlen niederzuschreiben. Sind für Bewerberinnen und Bewerber innerhalb eines Wahlvorschlags gleich viele Stimmen abgegeben worden, so entscheidet das Los über die Reihenfolge.

(6) Wird die Auszählung der Stimmen nicht unmittelbar nach Abschluss der Stimmabgabe vorgenommen, so sind für die Zwischenzeit die Wahlurnen so zu verschließen und so aufzubewahren, dass der Einwurf oder die Entnahme von Stimmzetteln ohne Beschädigung des Verschlusses unmöglich ist. Vor Entnahme der Stimmzettel ist festzuhalten, dass der Verschluss unversehrt ist.

(7) Über das gemäß Absatz 1 bis 5 ermittelte Ergebnis jeder Teilwahl wird ein Protokoll gefertigt, das von der/dem zuständigen Wahlbeauftragten und denjenigen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern zu unterzeichnen ist, die an der Ermittlung dieses Teilwahlergebnisses mitgewirkt haben.

Das Protokoll muss enthalten:

1. die Anzahl der Wahlberechtigten laut Verzeichnis der Wahlberechtigten,
2. die Anzahl der abgegebenen Wahlumschläge und gegebenenfalls elektronischen Stimmzettel,
3. die Anzahl der gültigen und ungültigen Stimmzettel sowie die Anzahl der Stimmzettel, deren Gültigkeit zweifelhaft war,
4. die Anzahl der auf die einzelnen Wahlvorschläge und Bewerberinnen/Bewerber entfallenden gültigen Stimmen,
5. ggf. die Ergebnisse der Losentscheide.

(8) Bei Onlinewahlen sind technische Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, die den Auszählungsprozess für jeden Wähler jederzeit reproduzierbar machen. Die vorigen Absätze gelten sinngemäß unter Beachtung der Besonderheiten der Onlinewahl. Abweichend von Absatz 2 erfolgt die Auszählung von Onlinewahl und Briefwahl separat, wobei die Ergebnisse im Anschluss zusammengeführt werden.

§ 16

Feststellung des Wahlergebnisses

(1) Der Wahlausschuss prüft die Protokolle über die Auszählung auf Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit. Er überprüft die Entscheidungen über Stimmzettel, deren Gültigkeit zweifelhaft war und berichtigt ggf. das Ergebnis der Auszählung.

(2) Sind für mehrere Wahlvorschläge Stimmen abgegeben worden, werden die Sitze wie folgt verteilt: Die Gesamtzahl der Sitze, vervielfacht mit der Zahl der Stimmen, die ein Wahlvorschlag erhalten hat, wird durch die Gesamtzahl der Stimmen aller Wahlvorschläge geteilt. Jeder Wahlvorschlag erhält zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf ihn entfallen. Danach zu vergebende Sitze sind den Wahlvorschlägen in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich bei der Berechnung nach Satz 2 ergeben, zuzuteilen. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter zu ziehende Los.

(3) Der Wahlausschuss ermittelt in einer hochschulöffentlichen Sitzung die Verteilung der Sitze und stellt das Wahlergebnis wie folgt fest:

1. sind für mehrere Wahlvorschläge Stimmen abgegeben worden, werden die Sitze gemäß Absatz 2 verteilt;
2. die den Wahlvorschlägen zugefallenen Sitze werden den Bewerberinnen und Bewerbern in der Reihenfolge der Stimmzahlen innerhalb des Wahlvorschlages zugeteilt. Haben mehrere Bewerberinnen und Bewerber die gleichen Stimmzahlen, entscheidet über die Zuteilung der Sitze das von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter zu ziehende Los;
3. aus einem Wahlvorschlag sind so viele Ersatzmitglieder zu ermitteln, wie Sitze auf diesen Wahlvorschlag entfallen sind. Die Reihenfolge der Ersatzmitglieder ergibt sich aus der nach Nr. 2 ermittelten Reihenfolge der Mitglieder.

(4) Sind nur für einen Wahlvorschlag Stimmen abgegeben worden, werden die Sitze den Bewerberinnen und Bewerbern in der Reihenfolge abnehmender Stimmzahlen zugeteilt. In der gleichen Weise werden die Ersatzmitglieder ermittelt.

(5) Die Feststellung des Wahlergebnisses endet mit der Feststellung der gewählten Mitglieder und Ersatzmitglieder.

(6) Über das Endergebnis der Wahlen wird eine Niederschrift gefertigt, die für alle Teilwahlen die Angaben gemäß § 15 Abs. 7 Satz 2 sowie die Namen der gewählten Mitglieder und Ersatzmitglieder enthält. Die Niederschrift ist von den Mitgliedern des Wahlausschusses, von den Wahlbeauftragten und von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter zu unterzeichnen.

§ 17

Benachrichtigung der Gewählten

(1) Spätestens zwei Tage nach Fertigstellung der Wahlniederschrift gibt die Wahlleiterin/der Wahlleiter das Wahlergebnis bekannt.

(2) Gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Wahlergebnisses übersendet die Wahlleiterin/der Wahlleiter allen Gewählten ein Exemplar der Wahlniederschrift.

(3) Die Wahl gilt als angenommen, wenn die/der Gewählte nicht innerhalb einer Woche der Präsidentin/dem Präsidenten unter Angabe triftiger Gründe schriftlich erklärt, dass sie/er die Wahl ablehne. Eine Ablehnung kann nicht widerrufen werden.

(4) Lehnt eine Gewählte/ein Gewählter die Wahl ab, entscheidet die Präsidentin/der Präsident darüber, ob ein triftiger Grund vorliegt. Ist dies der Fall, so ergänzt die Wahlleiterin/der Wahlleiter die betreffende Liste der Mitglieder und Ersatzmitglieder und führt den ggf. erforderlichen Losentscheid herbei. Die Wahlleiterin/Der Wahlleiter benachrichtigt hierauf die/den in der Liste Nächstfolgende/Nachfolgenden. Absatz 3 gilt entsprechend.

§ 18

Bekanntgabe der Wahlergebnisse

Unverzüglich nach Ablauf der Fristen gemäß § 17 Abs. 3 und 4 gibt die Wahlleiterin/der Wahlleiter die Namen der Mitglieder und Ersatzmitglieder – gegliedert nach Teilwahlen – bekannt.

§ 19

Aufbewahren der Wahlunterlagen

Die Wahlunterlagen (insbesondere Protokolle, Bekanntmachungen, Stimmzettel) sind von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter bis zum Ablauf der Wahlperiode aufzubewahren. Darüber hinaus sind die Wahlunterlagen im Falle der Wahlanfechtung bis zum Abschluss des Wahlprüfungsverfahrens aufzubewahren. Dies gilt auch für die Wahlunterlagen einer Onlinewahl.

§ 20

Anfechtung der Wahlen

(1) Jede/Jeder Wahlberechtigte einer Teilwahl kann innerhalb einer Frist von einer Woche ab dem Tage der Bekanntgabe des Wahlergebnisses seine Teilwahl durch Einspruch anfechten. Der Einspruch ist schriftlich bei der Präsidentin/dem Präsidenten einzulegen. Er ist zu begründen.

(2) Der Einspruch kann nicht mit der Begründung eingelegt werden, dass eine Wahlberechtigte/ein Wahlberechtigter an der Ausübung ihres/seines Wahlrechts gehindert gewesen sei, weil sie/er nicht der richtigen Wahlgruppe zugeordnet oder gar nicht in ein Verzeichnis der Wahlberechtigten eingetragen wurde. Dasselbe gilt, wenn eine Nichtwahlberechtigte/ein Nichtwahlberechtigter in ein Verzeichnis der Wahlberechtigten eingetragen wurde und an der Wahl teilgenommen hat oder ein Verzeichnis der Wahlberechtigten aus sonstigen Gründen in Einzelheiten unrichtig war. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, soweit jemand auf Grund einer unrichtigen Entscheidung der Wahlleiterin/des Wahlleiters über einen Einspruch gegen das Verzeichnis der Wahlberechtigten an der Ausübung ihres/seines Wahlrechts gehindert war oder an der Wahl teilnehmen konnte.

(3) Der Einspruch ist begründet, wenn Vorschriften über die Ermittlung der Sitze oder wesentliche Bestimmungen über das Wahlverfahren verletzt worden sind, es sei denn, dass durch den Verstoß das Wahlergebnis nicht geändert oder beeinflusst werden konnte.

§ 21

Wahlprüfungsverfahren

- (1) Über Einsprüche gemäß § 20 Abs. 1 entscheidet das Präsidium nach Anhörung der/des zuständigen Wahlbeauftragten, des Wahlausschusses und der Wahlleiterin/des Wahlleiters.
- (2) Ist der Einspruch frist- und formgerecht eingelegt worden und erweist er sich als begründet, so erklärt die Präsidentin/der Präsident die betreffende Teilwahl für ungültig. Sie/Er stellt fest, dass die Teilwahl wiederholt werden muss.
- (3) Die Präsidentin/Der Präsident teilt ihre Entscheidung den Wahlberechtigten, die den Einspruch eingelegt haben, schriftlich durch einen begründeten und im Fall der Zurückweisung mit einer Rechtsmittelbelehrung versehenen Bescheid mit.
- (4) Gegen die Zurückweisung des Einspruchs steht der Verwaltungsrechtsweg offen.
- (5) Bis zur Rechtskraft einer Entscheidung üben die gewählten Mitglieder ihre Ämter aus.

§ 22

Nachwahlen

- (1) Kann bei Freiwerden eines Sitzes dieser Sitz nicht durch ein Ersatzmitglied besetzt werden, so kann nach Entscheidung des Wahlausschusses eine Nachwahl stattfinden, es sei denn, die Restamtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds beträgt weniger als ein Viertel der regelmäßigen Amtszeit.
- (2) Die Nachwahl wird nach den Vorschriften dieser Ordnung durchgeführt. Abweichend kann aus wichtigem Grund, insbesondere zur Sicherung der Funktionsfähigkeit eines Gremiums auf Fakultätsebene, eine vereinfachte Nachwahl zum Fakultätsrat durchgeführt werden. Der Vorsitzende des Gremiums stellt einen Antrag auf Nachwahl beim Wahlausschuss. Der Wahlausschuss entscheidet über die nähere Ausgestaltung des vereinfachten Wahlverfahrens, insbesondere über die Verkürzung von Fristen. Die allgemeinen Wahlgrundsätze bleiben unberührt. Organisation und Durchführung der Nachwahl obliegt dem Dekanat.
- (3) Nachwahlen gelten nur für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds.

§ 23

Amtszeiten

Die Amtszeiten der Mitglieder der in § 1 genannten Gremien sowie des Beirats für Frauenfragen dauern drei Jahre (Artikel 14 Grundordnung). Die Amtszeit der ersten nach dieser Ordnung gewählten Gremienmitglieder beginnt am 1. Oktober 2018.

§ 24

Ruhen und Erlöschen der Mitgliedschaft, Ersatzmitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft in einem der in § 1 genannten Gremium sowie des Beirats für Frauenfragen endet

1. durch Ablauf der Amtszeit,
2. wenn die Wahl für ungültig erklärt wird,
3. wenn die Wählbarkeit des Mitglieds für sein bisheriges Mandat entfällt,
4. wenn ein Mitglied durch schriftliche, mit triftigen Gründen versehene Erklärung gegenüber der Präsidentin/dem Präsidenten auf ihren/seinen Sitz verzichtet.

(2) Ist ein Mitglied eines der in § 1 genannten Gremium bzw. des Beirats für Frauenfragen beurlaubt, so ruhen seine mitgliedschaftlichen Rechte in dem Gremien bzw. in dem Beirat für Frauenfragen für die Dauer seiner Beurlaubung. Dieses gilt auch für Ersatzmitglieder. Satz 1 und 2 gelten nicht für den Erholungsurlaub.

(3) Hat ein in eines der in § 1 genannten Gremien bzw. den Beirat für Frauenfragen gewähltes Mitglied das Amt einer Vizepräsidentin/eines Vizepräsidenten angenommen, so ruhen seine mitgliedschaftlichen Rechte in dem Gremien bzw. in dem Beirat für Frauenfragen für die Dauer der Amtszeit als Vizepräsidentin/Vizepräsident.

(4) Professorinnen/Professoren, die während eines Semesters von ihren Verpflichtungen nach § 39 Abs. 3 SHSG freigestellt sind, können bis spätestens einen Tag vor Beginn dieses Semesters gegenüber der Präsidentin/dem Präsidenten erklären, dass sie für dessen Dauer ihre Mitgliedschaftsrechte nicht wahrnehmen werden. Diese Erklärung ist nicht widerruflich.

(5) Bis zum Ende der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds bzw. für die Dauer der Beurlaubung oder der Freistellung rückt das ranghöchste Ersatzmitglied aus dem Wahlvorschlag, dem das zu ersetzende Mitglied angehörte, nach. Ist das ausgeschiedene oder verhinderte Mitglied nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt, so rückt das ranghöchste Ersatzmitglied nach.

(6) Ist die Liste der gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 3 ermittelten Ersatzmitglieder erschöpft, werden Ersatzmitglieder der Reihe nach demjenigen Wahlvorschlag entnommen, welchem das zu ersetzende Mitglied angehört. Ist ein Wahlvorschlag erschöpft, so ist das Ersatzmitglied demjenigen Wahlvorschlag zu entnehmen, auf den nach den Grundsätzen der Verhältniswahl der nächste Sitz entfallen würde. Ist das ausgeschiedene oder verhinderte Mitglied nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt und ist die in der Gruppen-Urwahl ermittelte Liste der Ersatzmitglieder erschöpft, so werden Ersatzmitglieder nach der Höhe der erreichten Stimmzahlen bestimmt. Die Präsidentin/Der Präsident stellt fest, wer in die Mitgliedstellung nachrückt. Sie gibt diese Feststellung bekannt und benachrichtigt die/den Betroffene/Betroffenen schriftlich.

(7) Für die Ersatzmitgliedschaften gelten die Absätze 1 bis 6 entsprechend.

§ 25

Schlussbestimmungen

Diese Ordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung an den schwarzen Brettern "Die Präsidentin / der Präsident" in Kraft und wird im Dienstblatt der Hochschulen des Saarlandes veröffentlicht.

Saarbrücken, den 08. Februar 2018 / 21. Mai 2021 / 07. Mai 2026

gez.

Prof. Dr.-Ing. Dieter Leonhard

Präsident der htw saar